

Gemeinde Grünkraut Bebauungsplan "Feuerwehr und Bauhof"

Abwägungs- und Beschlussvorlage zur Entwurfsfassung vom 04.12.2025 Sieber Consult GmbH, Lindau (B)/Weingarten
13.03.2026

1 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)

- 1.1 Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 17.12.2025 zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zur Entwurfsfassung vom 04.12.2025 bis zum 30.01.2026 aufgefordert.
- 1.2 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind keine Anregungen zur Abwägung relevant:
- Landratsamt Ravensburg, Nachhaltige Mobilität – ÖPNV (keine Stellungnahme)
 - Arbeitsgemeinschaft der Naturfreunde in Baden-Württemberg, Stuttgart (keine Stellungnahme)
 - Landesbauernverband, Baden-Württemberg e.V., Geschäftsstelle Ravensburg (keine Stellungnahme)
 - Netze BW GmbH, Regionalzentrum Oberschwaben, Biberach (keine Stellungnahme)
 - Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg, Altshausen (keine Stellungnahme)
 - Veolia Umweltservice Süd GmbH & Co. KG, Bad Waldsee (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Bodnegg (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Schlier (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Waldburg (keine Stellungnahme)
 - Stadt Ravensburg (keine Stellungnahme)
 - Gemeindeverwaltungsverband Gullen, Grünkraut (keine Stellungnahme)
 - Landratsamt Ravensburg, Oberflächengewässer (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Landratsamt Ravensburg, Gewerbeaufsicht (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Landratsamt Ravensburg, Vermessung und Flurbereinigung (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Landratsamt Ravensburg, Landwirtschaft (Stellungnahme ohne Anregung)
 - TransnetBW GmbH, Stuttgart (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Vodafone West GmbH, Düsseldorf (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Thüga Energienetze GmbH, Singen (Stellungnahme ohne Anregung)

1.3 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen zur Abwägung relevant. Diese werden wie folgt behandelt:

1.3.1	<p>Regierungspräsidium Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau</p> <p>Stellungnahme vom 13.01.2026:</p>	<p>1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen</p> <p>1.1. Geologie</p> <p>Im Plangebiet liegt eine Überdeckung aus der quartären Lockergesteinseinheit "Tettang-Subformation" vor. Darüber hinaus ist die Festgesteinseinheit "Obere Süßwassermolasse" im Untergrund zu erwarten.</p> <p>Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1:50000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden. Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale LGRBwissen und LithoLex.</p> <p>1.2. Geochemie</p> <p>Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRB-Kartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben.</p> <p>1.3. Bodenkunde</p> <p>Die bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG können für nicht bereits versiegelte oder baulich überprägte Flächen außerhalb von Siedlungen in Form der Bodenkundlichen Karte 1:50000 (GeoLa BK50) eingesehen werden. Für landwirtschaftliche Flächen sollte vorrangig die frei zugängliche Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage der digitalen Bodenschätzungsdaten verwendet werden, da diese im Vergleich zur BK50 lokale Bodeneigenschaften abbildet. Liegt keine solche Bewertung für die in Anspruch genommenen</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die allgemeinen Hinweise zu den geologischen und bodenkundlichen Grundlagen, zur Geologie, Geochemie und Bodenkunde werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Unter Ziffer 5.10 "Bodenschutz" wird auf den schonenden Umgang mit Boden hingewiesen, für den Fall, dass unversiegelter Boden betroffen ist.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
-------	--	---	---

<p>landwirtschaftlichen Flächen vor, ist die Bodenfunktionsbewertung auf Basis von ALK und ALB heranzuziehen.</p> <p>Gemäß § 13 BNatSchG, § 1a Abs. 2 BauGB sowie § 2 LBodSchAG ist bei der Planung auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden zu achten.</p> <p>Zusätzlich der Hinweis, dass nach § 2 Abs. 3 LBodSchAG bei Vorhaben mit Eingriffen in unversiegelte, nicht baulich veränderte oder unbebaute Flächen ab 0,5 ha ein Bodenschutzkonzept zu erstellen ist. Die Erstellung nach DIN 19639 wird empfohlen, ggf. abweichende Vorgaben der zuständigen Unteren Bodenschutzbehörde sind zu berücksichtigen.</p> <p>Sollten bei dem vorliegenden Bauvorhaben mehr als 500 m³ Bodenüberschussmassen entstehen, so ist bei dem nach § 3 Abs. 4 LKreiWiG geforderten Abfallverwertungskonzept auf eine höchstmögliche Verwertung nach § 3 Abs. 2 LKreiWiG zu achten, um so die Bodenfunktionen im größtmöglichen Umfang zu erhalten.</p>	
<p>2. Angewandte Geologie</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>2.1. Ingenieurgeologie</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.</p> <p>Der Hinweis zur Ingenieurgeologie wird unter Ziffer 5.14 in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p> <p>Weiter wird zur Kenntnis genommen, dass derzeit keine Bearbeitung hydrogeologischer Themen durch das LGRB stattfindet.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen im Informationssystem "Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg" (ISONG) hinterlegt sind.</p>

<p>Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:</p> <p>Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p> <p>2.2. Hydrogeologie</p> <p>Auf die Lage des Planvorhabens in Schutzzone IIIB des festgesetzten Wasserschutz-gebiets "Flappachquellen" (LUBW Nr.: 436 072) wird in den Antragsunterlagen hingewiesen.</p> <p>Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung hydrogeologischer Themen durch das LGRB statt.</p> <p>2.3. Geothermie</p> <p>Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem "Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg" (ISONG) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis.</p> <p>2.4. Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe)</p>	<p>Hinsichtlich der Rohstoffgeologie wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorgebracht werden.</p>
---	--

	<p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	
	<p>3. Landesbergdirektion</p> <p>3.1. Bergbau</p> <p>Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugesbiet.</p> <p>Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder künstlich geschaffenen Althohlräumen (bspw. Stollen, Bunker, unterirdische Keller) betroffen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planung nicht in einem aktuellen Bergbaugesbiet liegt sowie nicht von Altbergbau oder künstlich geschaffenen Althohlräumen betroffen ist.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
	<p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologiedatengesetz (GeolDG)</p> <p>Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im LGRBanzeigeportal zur Verfügung.</p> <p>Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet</p> <p>Digitale Geodaten und Bohrdaten werden über die Fachanwendungen LGRBgeoportal und LGRBbohrungen bereitgestellt. Dort finden Sie auch weitere Fachinformationen und Downloadoptionen. Bitte nutzen Sie hierzu auch den LGRB-Kartenviewer sowie LGRBWissen.</p> <p>Insbesondere verweisen wir auf unser Geotop-Kataster.</p> <p>Beachten Sie bitte auch unser aktuelles Merkblatt für Planungsträger.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die allgemeinen Hinweise zu geologischen Untersuchungen, weiteren Informationsquellen des LGRB sowie zum aktuellen Merkblatt werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

1.3.2	Regierungspräsidium Tübingen Stellungnahme vom 29.01.2026:	Raumordnung Wir verweisen auf die Stellungnahme des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben vom 29.01.2026, der sich die höhere Raumordnungsbehörde anschließt.	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Tübingen wird zur Kenntnis genommen. Die genannte Stellungnahme des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben ist bei der Gemeinde eingegangen und wird separat in der vorliegenden Abwägungs- und Beschlussvorlage aufgeführt sowie einer Abwägung und Beschlussfassung zugeführt. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.3	Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, Tübingen Stellungnahme vom 14.01.2026:	Der Hinweis auf die Bestimmungen der § 20 + 27 DSchG hat Eingang in den BPL-Text in der Fassung vom 04.12.2025 gefunden (Seite 21, Punkt 5.16 Denkmalpflege). Weitere Anregungen und Hinweise werden von unserer Seite nicht vorgetragen.	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.4	Regionalverband Bodensee - Oberschwaben, Ravensburg Stellungnahme vom 29.01.2026:	Wir verweisen hinsichtlich der Überlagerung des Plangebiets mit dem Regionalen Grünzug auf unsere Stellungnahmen zur 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen im Bereich "Bauhof Feuerwehrhaus" vom 06.02.2025 sowie zum Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof" vom 15.08.2025. In diesen genannten Stellungnahmen hat der Regionalverband dargelegt, dass die Überlagerung mit dem Regionalen Grünzug in diesem Einzelfall in den Bereich des kommunalen Ausformungsspielraums fällt und aufgrund des geringfügigen Eingriffs in den äußersten Randbereichs des Regionalen Grünzugs an dieser Stelle keine Bedenken vorgebracht werden. Die Prüfung des nun vorliegenden Plangebiets hat ergeben, dass dieses im Nordwesten geringfügig größer ab-	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das Plangebiet ist nach Nordwesten durch die Festsetzung einer Grünfläche begrenzt. Die Grünfläche wird entsprechend der Bitte des Regionalverbandes so nach Südosten verlängert, dass der Abschluss der Siedlungsentwicklung nach jetzigem Stand besser erkennbar ist. Die Gemeinde Grünkraut verweist jedoch darauf, dass der Flächennutzungsplan des GVV Gullen mit dem Zieljahr 2030 im direkten Anschluss an die Grünfläche keine "Fläche für die Landwirtschaft" oder vergleichbare Festsetzung enthält, sondern eine "Fläche für die Versorgung" mit der Zweckbestimmung "Umspannwerk".

<p>gegrenzt ist als das Plangebiet der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB und somit etwas weiter in den Regionalen Grünzug hineinragt. Die im Nordwesten nun festgesetzte Grünfläche ist mit der Festlegung des Regionalen Grünzugs gem. 3.1.1 des Regionalplans vereinbar und wird grundsätzlich begrüßt. Wir bitten jedoch darum, diese festgesetzte Grünfläche in Richtung Südosten so zu erweitern, dass im Vergleich zum Plangebiet der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB eine weitere Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs möglichst vermieden wird.</p> <p>Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass einer künftigen weiteren Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs an dieser Stelle ein zu beachtendes Ziel der Raumordnung des Regionalplans entgegenstehen würde und diese damit nicht genehmigungsfähig wäre.</p> <p>Darüber hinaus werden von Seiten des Regionalverbands keine weiteren Anregungen vorgebracht.</p>	
<p><i>Stellungnahme vom 15.08.2025 zum BP "Neubau Feuerwehrhaus u. gemeinsamer Bauhof":</i></p> <p><i>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zur 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen im Bereich "Bauhof Feuerwehrhaus" vom 06.02.2025. Der Regionalverband bringt keine Bedenken zum o.g. Bebauungsplanverfahren vor.</i></p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme aus der frühzeitigen Behördenunterrichtung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
<p><i>Stellungnahme vom 06.02.2025 zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bauhof Feuerwehrhaus":</i></p> <p><i>Für das o.g. Vorhaben sind die rechtskräftigen Ziele der Raumordnung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (Verbindlicherklärung am 24. November</i></p>	<p><i>Abwägung/Beschluss der Verbandsversammlung vom 09.04.2025:</i></p> <p><i>Die Lage des Plangebietes an der Grenze zu einem Regionalen Grünzug ist bekannt und wird in der Begründung ergänzt. Sie wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung in Form des Ausformungsspielraumes angemessen berücksichtigt. Abschließend wird zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der</i></p>

		<p>2023) zu beachten (§ 1 Abs. 4 BauGB, § 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 1 ROG sowie § 4 Abs. 1 und 4 LplG).</p> <p>Die Fläche liegt nach Plansatz 3.1.1 des Regionalplans im nordwestlichen Bereich (mit ca. 50 m) in einem "Regionalen Grünzug", der von Bebauung freizuhalten ist (PS 3.1.1 Z (2)). Da der Maßstab der verbindlichen Raumnutzungskarte 1:50000 beträgt, besitzen die Festlegungen des Regionalplans jedoch eine gewisse räumliche Unschärfe. Daher kann im Rahmen der nachgelagerten Verfahren (Bauleitplanung) eine Ausformung der sich dadurch ergebenden Interpretationsspielräume erfolgen.</p> <p>Der Regionalverband bringt aufgrund des geringfügigen Eingriffs in den äußersten Randbereich des Regionalen Grünzugs an dieser Stelle keine Bedenken vor. Zukünftige bauliche Entwicklungen sind jedoch so zu planen, dass diese außerhalb des Regionalen Grünzugs liegen.</p>	<p>Geringfügigkeit des Eingriffes keine Bedenken vorgebracht werden sowie die Anregungen für künftige bauliche Entwicklungen.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
1.3.5	Landratsamt Ravensburg, Bauleitplanung Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>Dokumentation der Änderungen bei erneuter Vorlage</p> <p>Bei erneuter Vorlage von Planungsunterlagen sollten Veränderungen gegenüber der bisherigen Planung deutlich gekennzeichnet sein (z.B. als Liste der Planungsänderungen mit Verlinkung zu den entsprechenden Planunterlagen; Kennzeichnung im Dateinamen, farbliche Markierung im Text).</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und vom Planungsbüro wie schon seit langem berücksichtigt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
1.3.6	Landratsamt Ravensburg, Naturschutz Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage</p> <p>1.1 Umweltbericht / Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung, §§ 1a, 2 IV BauGB</p> <p>Eingriff-/Ausgleichsbilanzierung</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zum Umweltbericht und zur Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Entsprechend der Anmerkungen zur Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung wurden die Werte unter Ziffer 8.2.4.5, 8.2.4.19, 8.2.4.21 und 8.2.4.23 angepasst. Unter Ziffer 8.2.4.5 wurde die Pflege der Extensivierungsfläche ergänzt.</p>

<p>Der in der Begründung enthaltene Umweltbericht ist in sich grundsätzlich schlüssig und nachvollziehbar. Lediglich bei der Eingriffs-/ Ausgleichbilanzierung bedarf es kleiner Korrekturen. Die Werte in den Tabellen auf den Seiten 50 und 56 sind nicht stimmig. Diese sind zu korrigieren und in den zusammenfassenden Tabellen entsprechend zu ändern. Des Weiteren ist die Pflege der Extensivierungsfläche innerhalb des Geltungsbereichs entsprechend zu ergänzen. Die Details wurden bereits mit der zuständigen Gutachterin vom Büro Sieber Consult abgestimmt.</p>	
<p>Ökopunkte</p> <p>Der Eingriff in Natur und Landschaft wird zum einen durch die Anlage eine Streuobstwiese auf dem Flurstück 421/2 und zum anderen durch Ökopunkte ausgeglichen.</p> <p>Lt. Textteil unter Ziff. 3.1, 3.3, S. 11, 12 sowie Umweltbericht unter Ziffer 8.2.4.24, S. 57 sollen die verbleibenden 144.709 Ökopunkte aus bestehenden Ökokontomaßnahmen bzw. durch Zukauf von Ökopunkten ausgeglichen werden. Es wird empfohlen die Ökopunkte von Maßnahmen aus dem Gemeindegebiet Grünkraut zu verwenden.</p> <p>Die für den Bebauungsplan als Ausgleich vorgesehenen Ökokontomaßnahmen sind im Textteil sowie im Umweltbericht unter den o.g. Passagen konkret zu benennen (insbesondere mit Titel der Ökokontomaßnahme, AZ, Kurzbeschreibung und Lage der Maßnahme sowie Darlegung der Verfügbarkeit). Es ist ein Nachweis (z.B. Kaufvertrag der naturschutzrechtlichen Ökokontomaßnahme, Datenblatt der bauplanungsrechtlichen Ökokontomaßnahme) dem SG Naturschutz/ Ökokonto (xxxxx@rv.de) vorzulegen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zum Eingriff in Natur und Landschaft wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach Anpassung der Werte der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung verbleibt ein Ausgleichsbedarf von 136.267 Ökopunkten. Dieser wird durch die Zuordnung von Ökopunkten erbracht, welche vom Ökokonto der Gemeinde Grünkraut abgebucht werden. Es erfolgt die Zuordnung der Ökokontomaßnahme "Emmelhofer Moos" (Flst.-Nr. 705, Gemarkung Grünkraut).</p> <p>Die als Ausgleich vorgesehenen Ökokontomaßnahmen wurden im Textteil des Bebauungsplanes unter Ziffer 3.3 ergänzt. Der öffentlich-rechtliche Vertrag, vom 29.01.2014, zwischen dem Landratsamt Ravensburg und der Gemeinde Grünkraut wird der Unteren Naturschutzbehörde vorgelegt.</p>

<p>Die ausstehenden Ökopunkte müssen zum Satzungsbeschluss, spätestens zur Rechtskraft des Bebauungsplans verfügbar sein (anerkannte Maßnahmen, Kaufvertrag...).</p> <p>Nach Satzungsbeschluss hat die Gemeinde Grünkraut die Ausbuchung der Ökopunkte aus der Ökokontomaßnahme zu veranlassen und das BU, Sachgebiet NA (xxxxx@rv.de) zu benachrichtigen.</p>	
<p>1.2 Streuobstbestand, Artenschutz, § 33a NatSchG, § 44 BNatSchG</p> <p>Für das Plangebiet wurde die Umwandlungsgenehmigung für die Entfernung des Streuobstbestandes sowie für die Umsetzung des Ausgleichskonzept bereits mit Entscheidung vom 12.11.2024 an die Gemeindeverwaltung Grünkraut erteilt. Darin wurden auch Regelungen zum Artenschutz, u.a. für das Aufhängen bzw. Anbringen von künstlichen Nisthilfen für Vögel und künstliche Quartiere für Fledermäuse aufgenommen. Für den externen Ausgleich auf Flst. Nr. 421/2 "Anlage einer locker, bepflanzten, hochstämmigen Streuobstwiese..." liegt bereits der Nachweis der Eintragung der Grunddienstbarkeit dem LRA, BU vor.</p> <p>Es wird gebeten, den Passus im Umweltbericht unter Ziff. 8.1.2.4, S. 31, 2. Spiegelstrich noch anzupassen. Bitte darin "ein Antrag auf Biotopverlegung" abändern zu "ein Antrag auf Umwandlungsgenehmigung gem. § 33a NatSchG". Ebenfalls ist das Datum der Umwandlungsgenehmigung zu ergänzen. Zur Info haben wir die Entscheidung zur Umwandlungsgenehmigung angehängt (siehe Anlage).</p> <p>Die Gemeinde Grünkraut hat grundsätzlich dafür Sorge zu tragen, dass die im Bebauungsplan festgesetzten "Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" sowie zum Artenschutz</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zu Streuobstbestand und Artenschutz wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den externen Ausgleich, der Anlage einer Streuobstwiese auf dem Flst.-Nr. 421/2, der Nachweis der Eintragung der Grunddienstbarkeit dem Landratsamt vorliegt.</p> <p>Unter Ziffer 8.1.2.4 wird die Bezeichnung als "Antrag auf Biotopverlegung" abgeändert zu "Antrag auf Umwandlungsgenehmigung gem. § 22a NatSchG" und um das Datum der Umwandlungsgenehmigung ergänzt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde Grünkraut dafür Sorge zu tragen hat, dass die im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen im Bereich Natur- und Artenschutz ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die Pflanzung der Obstgehölze auf der Ausgleichsfläche wurde bereits auf Veranlassung der Gemeinde durchgeführt. Die Sicherstellung der Umsetzung der weiteren Maßnahmen obliegt weiterhin der Gemeinde Grünkraut.</p>

		(u.a. Ziff. 5.6 Hinweis) ordnungsgemäß umgesetzt und sichergestellt werden. Anlage Umwandlungsgenehmigung mit Antrag	
1.3.7	Landratsamt Ravensburg, Bodenschutz Stellungnahme vom 09.02.2026:	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können mit Rechtsgrundlage und Möglichkeiten der Überwindung</p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.</p> <p>3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zum o.g. Plan gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>4. Hinweise</p> <p>Die Gemeinde Grünkraut plant die Erstellung des Bebauungsplans „Feuerwehrhaus und Bauhof“ in Großholzleute. Der Geltungsbereich umfasst ca. 1,08 ha, von denen auf ca. 5600 m² ein Eingriff in den Boden geplant ist.</p> <p>Bodenschutz</p> <p>Die hohe Leistungsfähigkeit der Böden sollte beim Umgang mit dem Boden durch die Sicherstellung eines fachgerechten und schonenden Umgangs mit dem Boden und einer möglichst hochwertigen Wiederverwertung beachtet werden. Aufgrund der Größe des Erschließungsgebiets ist nach § 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz für das Bauvorhaben ein Bodenschutzkonzept notwendig. Zur Minimierung des Eingriffs und zur Planung der Wiederverwertung der kulturfähigen Bodenschichten wurde ein Bodenschutzkonzept erstellt.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme, welche kurz nach Fristende einging, wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf verwiesen, dass das Feuerwehrhaus am Kernort geplant ist; der Ortsteil Großholzleute gehört zur Stadt Isny.</p> <p>Die Ausführungen zur Notwendigkeit eines Bodenschutzkonzeptes und die Bewertung des vorliegenden Bodenschutzkonzeptes als nachvollziehbar werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise zur Umsetzung bei der Bauausführung werden beachtet.</p> <p>Dass die Berechnung des Eingriffes in das Schutzgut Boden als korrekt anerkannt wird, wird begrüßt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

Es wurde ein Bodenschutzkonzept der Zimmermann Ingenieurgesellschaft mbH, Stand 30.10.2024 sowie ein geotechnischer Bericht des Büros fm geotechnik, Stand Dezember 2025 vorgelegt. Das Bodenschutzkonzept ist nachvollziehbar und auf die vorliegenden Bodenverhältnisse angepasst und erfüllt die Anforderung der DIN 19639. Die Bodenschutzpläne sind in zwei Bauphasen gegliedert und nachvollziehbar dargestellt. Wir bitten darum, zukünftig bei der Massenbilanz die zugrunde gelegten Horizontmächtigkeiten anzugeben.

Das Bodenschutzkonzept ist bei der Bauausführung anzuwenden und umzusetzen. (§ 2 Abs. 3 LBodSchAG)

Bei einer Verwertung von ggf. überschüssigem Oberboden und kulturfähigem Unterboden zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Maßgaben von § 6 - 7 der BBodSchV (n.F.) einzuhalten.

Auf die Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung (Altlasten) und „Erläuterungen und Hinweise für die Bauleitplanung - Landkreis Ravensburg –Bodenschutz“, Stand April 2022 wird verwiesen.

Im Textteil des Bebauungsplans liegt im Umweltbericht eine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung vor. Das berechnete Defizit im Schutzgut Boden durch den Eingriff mit 57.000 Ökopunkten ist richtig.

Der Ausgleich des Defizites erfolgt nicht im Schutzgut Boden.

Altlasten

Aus Sicht des Fachbereich Altlasten bestehen keine Bedenken.

1.3.8	Landratsamt Ravensburg, Abwasser Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage</p> <p>In den planungsrechtlichen Festsetzungen unter Punkt 2.12 wird die Behandlung des Niederschlagswassers auf den privaten Grundstücken festgesetzt, diese Formulierung ist irreführend, wenn es sich um Flächen für Gemeindebedarf handelt. Bitte um Richtigstellung.</p> <p>Die Versickerung bzw. Einleitung des Niederschlagswassers von Dach- und Hofflächen des Bauhofes und der Feuerwehr bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis.</p> <p>Es muss überprüft werden, ob eine Vorbehandlung des Niederschlagswassers erforderlich ist. DWA A102-1.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die redaktionelle Anpassung der Überschrift der Festsetzung 2.12 wird wie angeregt vorgenommen.</p> <p>Der Verweis hinsichtlich des Erfordernisses eines wasserrechtlichen Verfahrens wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der nur sehr eingeschränkt sickertfähigen Böden ist die gedrosselte Einleitung in einen neuen Regenwasserkanal mit Einleitung in den Dorfweiher geplant. Hierzu gab es bereits Absprachen mit dem Landratsamt Ravensburg, welche das Vorgehen als in Ordnung bewertete.</p> <p>Die Retentionsmulde, die der Sammlung des Niederschlagswassers dient, wird mit der bewachsenen Bodenschicht für die notwendige Reinigung sorgen.</p>
1.3.9	Landratsamt Ravensburg, Grundwasser Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>Textteil Punkt 8.1.2.4, 4. Spiegelstrich bitte ergänzen: Nach Betrachtung der Inhalte der Wasserschutzgebietsverordnung (Fassung vom 30.01.1997) sind bei Beachtung und Einhaltung der Bestimmungen der Rechtsverordnung keine Konflikte durch die Planung zu erwarten.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zum Grundwasser wird zur Kenntnis genommen. Unter Ziffer 8.1,2,4 "Weitere Schutzgebiete" wird, zum 4. Spiegelstrich, aufgenommen, dass nach Betrachtung der Inhalte der Wasserschutzgebietsverordnung, unter Einhaltung der Bestimmung der Rechtsverordnung, keine Konflikte durch die Planung zu erwarten sind.</p>
1.3.10	Landratsamt Ravensburg, Brandschutz Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>Es wird auf die Einhaltung folgender Brandschutz-Vorschriften hingewiesen:</p> <p>1. Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Flächen für die Feuerwehr (VwV-Feuerwehrflächen), iVm. § 15 Landesbauordnung.</p> <p>2. DVGW-Arbeitsblatt W-405, iVm. § 2 (5) Ausführungsverordnung zur Landesbauordnung sowie Ziff. 5.1 Ind-BauRL.</p> <p>Die Installation von Überflurhydranten wird ausdrücklich empfohlen. Sie bieten bei Brandeinsätzen gegenüber</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der bestehende Hinweis mit der Ziffer 5.16 im Textteil des Bebauungsplanes verweist bereits auf die gültigen Brandschutzvorschriften und die Vorteile von Überflurhydranten. Der Hinweis auf das Erfordernis eines zweiten baulichen Rettungsweges in den genannten Fällen wird im Hinweis ergänzt.</p>

		<p>den Unterflurhydranten einsatztaktisch erhebliche Vorteile, insbesondere durch die deutlich bessere Auffindbarkeit und schnellere Bedienbarkeit.</p> <p>Die Feuerwehr Grünkraut verfügt über kein eigenes Hubrettungsfahrzeug. Auch die Stützpunktwehr Ravensburg kann - aufgrund einer Fahrtzeit > 5 min - die dort vorgehaltenen Hubrettungsfahrzeug nicht innerhalb der fachtechnisch erforderlichen Eintreffzeit zu Menschenrettungsmaßnahmen einsetzen. Da Schiebleitern, mit einer Nennrettungshöhe von 8m bis 12m nur bedingt für wirksame Lösch- und Rettungsarbeiten iSd. § 15 LBO geeignet sind, bestehen für den Bereich des obigen Bebauungsplanes grundsätzliche Bedenken gegenüber Aufenthaltsräumen, die eine Rettungshöhe > 8 m aufweisen. In solchen Fällen ist grundsätzlich ein zweiter baulicher Rettungsweg herzustellen, der den Anforderungen der DIN 18065 (notwendige Treppen) entspricht.</p>	
1.3.11	<p>Landratsamt Ravensburg, Straßenamt - Verkehr</p> <p>Stellungnahme vom 30.01.2026:</p>	<p>Die Erschließung des Plangebietes, erfolgt über drei neu zu errichtende Hofzufahrten bzw. -Ausfahrten zur Kreisstraße 7982.</p> <p>a) Gemeinsame Zu- und Ausfahrt zum Bauhofgelände wie auch zum Feuerwehrhaus.</p> <p>- Die Zu- und Ausfahrt ist so zu gestalten, dass ein Begegnungsverkehr LKW/LKW möglich ist. Dies im Besonderen zur Vermeidung einer Rückstausituation durch wartende Fahrzeuge im Zuge der Kreisstraße.</p> <p>b) Ausschließlich für den Einsatzfall genutzte Feuerwehr-Einsatzausfahrt. Da ein Schrankenbetrieb hier nicht vorgesehen ist, bedarf es straßenverkehrsrechtlicher Regelungen der Zu-/Ausfahrtsbeschränkung, die mit der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts Ravensburg abzustimmen sind.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Verkehrssystematik des Bebauungsplanes entspricht der Absprache mit dem Landratsamt vom 03.12.2025. Die Sichtdreiecke sind wie beschrieben in den Bebauungsplan aufgenommen. Die zugehörigen Vorgaben werden ebenso wie die Pflanzabstände berücksichtigt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

c) Zusätzliche, ständige Ein-/Ausfahrt für den allgemeinen Feuerwehrbetrieb.

In Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ravensburg und dem LRA-Straßenamt (Fachbereich Straßenrecht) kann der nachfolgend beschriebenen Zu- /Ausfahrtssituation zugestimmt werden:



An neuen bzw. dem verkehrlichen Bedarf anzupassenden Einmündungen/Ausfahrten vom Plangebiet in die Kreisstraße sind im Außerortsbereich (zul. Höchstgeschwindigkeit 100km/h) grundsätzlich folgende Sichtfelder erforderlich:

Die Sichtfelder für den Kfz-Verkehr auf der Kreisstraße (Tiefe gemessen in der Achse der Zufahrt, vom Fahrbahnrand der Kreisstraße, Länge, parallel zur Straße, gemessen von der Achse der Zufahrt) müssen demnach grundsätzlich wie folgt bemessen werden.

Blick in beide Fahrtrichtungen:

Tiefe: 3,00 m (bzw. 5,00 m für Feuerwehrfahrzeuge mit Frontanbaugeräten)

Länge: 200,00 m

Aufgrund der Lage der östlichen Zu-/Ausfahrt kann im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidium Ravensburg aufgrund der ortsnahen Lage ein Sichtfeld:

Tiefe: 3,00 m (bzw. 5,00 m für Feuerwehrfahrzeuge mit Frontanbaugeräten)

Länge: 140,00 m

vorgesehen werden.

Die Anfahrts-Sichtflächen sind durch den Antragsteller bzw. die Nutzer der Zufahrten im Rahmen der vorgen. Mindestanforderung in Länge und Tiefe dauerhaft sicherzustellen und den topographischen Verhältnissen entsprechend angepasst ein maximal möglicher Sichtflächenbereich zu gewährleisten.

Es ist hierbei zu beachten, dass die erforderlichen Sichtfelder bei der Ausfahrt nicht durch Bepflanzung, Wald, (KFZ-)Stellplätze, Zäune, Übergabestationen o.Ä. beeinträchtigt werden. Evtl. geplante Zu- und Ausfahrten bzw. evtl. geplante Stellplätze im Zufahrtsbereich sind so zu gestalten, dass ein Wenden im Bereich des Baugrundstücks möglich ist und die Zu- und Ausfahrt in die bevorrechtigte (Kreis-)Straße stets im Vorwärtsverkehr erfolgt.

Im kritischen Abstand gemäß der RPS2009 dürfen keine Hindernisse errichtet werden. Auch mit Einfriedungen sind entsprechende Abstände einzuhalten.

Bei der Neuanpflanzung von Bäumen außerhalb der Ortstafel ist ein Mindestabstand von 7,50 m plus Zuschlag für abfallende Böschung nach RPS2009 zum befestigten Fahrbahnrand der klassifizierten Straße einzuhalten.

1.3.12	<p>Landratsamt Ravensburg, Straßenamt - Straßenrecht</p> <p>Stellungnahme vom 30.01.2026:</p>	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können</p> <p>Das Plangebiet befindet sich im Zuge der K7982, außerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile einer Ortsdurchfahrt.</p> <p>Es sind die Vorgaben des § 22 Straßengesetz zu beachten.</p> <p>Art der Vorgabe</p> <p>Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen besteht in einem Abstand bis 15 m vom Fahrbahnrand ein Anbauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen, sowie für Werbeanlagen. Bis 30 m bei Kreisstraßen dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden. Diese im Verkehrsinteresse bestehende Vorgabe ist im Grundsatz auch bei der Aufstellung des Planverfahrens zu beachten.</p> <p>Straßenanschluss</p> <p>Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen ist die Anlegung neuer Zufahrten im Interesse des überörtlichen Verkehrs grundsätzlich ausgeschlossen. Eine dies nicht berücksichtigende Planung würde der Zweckbestimmung der überörtlichen Straße nicht Rechnung tragen.</p> <p>Um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs weiterhin zu gewährleisten bzw. zu erhöhen und um Zufahrten und Knotenpunkte rechtzeitig erkennbar und übersichtlich zu gestalten, sind an Zufahrten zur Kreisstraße ausreichende Sichtfelder vorzuhalten. Außerdem sind im Interesse der Verkehrssicherheit überall dort wo es sich ermöglichen lässt, Zugänge und Zufahrten zu anliegenden</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Verkehrssystematik des Bebauungsplanes entspricht der Absprache mit dem Landratsamt vom 03.12.2025. Das Anbauverbot von 15 m wird berücksichtigt; die entsprechenden Flächen sind im Bebauungsplan als nicht überbaubare Flächen festgesetzt. Die Zustimmung der Straßenbauverwaltung zur Errichtung des Feuerwehrgebäudes innerhalb des 30 m-Abstandes wurde mit Abstimmung vom 10.10.2025 in Aussicht gestellt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
--------	--	--	---

<p>Grundstücken durch Schließung, Zusammenlegung oder durch Schaffung rückwärtiger Erschließungsmöglichkeiten zu reduzieren.</p> <p>Rechtsgrundlage</p> <p>Straßengesetz Baden-Württemberg (StrG BW) § 22 Abs. 1 und 2</p>	
<p>1.1 Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</p> <p>In Anlehnung an § 22 StrG ist es möglich, in bestimmten Fällen Ausnahmen und Befreiungen zuzulassen, wenn die verkehrlichen Belange dies zulassen.</p> <p>So wie in § 22 StrG BW in bestimmten Fällen Ausnahmen vom Anbauverbot bzw. eine Zustimmung für die Genehmigung möglich ist, kann, wenn die verkehrlichen Belange dies zulassen, im Einzelfall im Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung durch einen Bebauungsplan eine nähere Bebauung zugelassen werden.</p> <p>Sofern das Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung nicht zustande kommt, gelten die Anbaubeschränkungen gemäß § 22 Abs. 1 StrG BW ungeachtet der planerischen Festsetzungen im Bebauungsplan gemäß § 22 Abs. 6 StrG BW, da der Bebauungsplan nicht unter Mitwirkung des Trägers der Straßenbaulast zustande gekommen ist (vgl. VGH Hessen vom 22.07.1999 in ZfBR 2000, S. 194-197).</p> <p>Die Erschließung des Plangebietes, erfolgt über drei neu zu errichtende Hofzufahrten bzw. –Ausfahrten zur Kreisstraße 7982.</p> <p>a) Gemeinsame Zu- und Ausfahrt zum Bauhofgelände wie auch zum Feuerwehrhaus.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Verkehrssystematik des Bebauungsplanes entspricht der Absprache mit dem Landratsamt vom 03.12.2025.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

- Die Zu- und Ausfahrt ist so zu gestalten, dass ein Begegnungsverkehr LKW/LKW möglich ist. Dies im Besonderen zur Vermeidung einer Rückstausituation durch wartende Fahrzeuge im Zuge der Kreisstraße.

b) Ausschließlich für den Einsatzfall genutzte Feuerwehr-Einsatzausfahrt. Da ein Schrankenbetrieb hier nicht vorgesehen ist, bedarf es straßenverkehrsrechtlicher Regelungen der Zu-/Ausfahrtsbeschränkung, die mit der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts Ravensburg abzustimmen sind.

c) Zusätzliche, ständige Ein-/Ausfahrt für den allgemeinen Feuerwehrbetrieb.

In Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ravensburg kann der nachfolgend beschriebenen Zu- /Ausfahrtssituation zugestimmt werden.



Bautechnische Änderungen im Rahmen einer künftig erforderlichen Umnutzung (wie auch Kapazitätserweiterung) bedürfen der Zustimmung des Straßenbaulastträgers der Kreisstraße.

Im Interesse der Verkehrssicherheit sind die straßenrechtlichen Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bei der Errichtung neuer Zufahrten wie auch

<p>bei einer Änderung des Nutzungsumfangs bereits bestehender Grundstückszufahrten bei der Aufstellung des Planverfahrens zu beachten.</p> <p>Entsprechend der beigefügten Planunterlage "Entwurf" Bebauungsplan "Feuerwehr und Bauhof", M 1:500 des Büros Sieber Consult GmbH, Fassung vom 04.12.205 (Anlage) wurden die notwendigen Sichtbeziehungen an den geplanten Ausfahrten zur Kreisstraße überprüft und als Mindestanforderung dargestellt.</p> <p>Es gelten darüber hinaus die Vorgaben und Inhalte des § 10 StVO.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass bauliche Veränderungen an der Kreisstraße, einschließlich ihrer Nebenanlagen, nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Straßenbauverwaltung als Träger der Straßenbaulast zulässig sind.</p> <p>Bei Maßnahmen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können (z.B. Eingeschränkte Ausfahrt-Sichtverhältnisse an neu geplanten Zufahrten oder im Fall von Nutzungsänderungen bereits bestehender Zufahrten zur übergeordneten Kreisstraße, Einschränkungen der Sichtverhältnisse oder des Straßenquerschnittes etc.) ist die Zustimmung der örtlich zuständigen Verkehrskommission erforderlich.</p>	
<p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands</p> <p>Grundsätzlich wird für eine künftig evtl. geplante Radwege-Verkehrsführung angeregt, im Bereich des Plangebietes (nördlicher Fahrbahnrand der Kreisstraße) ggf. einen ausreichend dimensionierten Grundstücksstreifen parallel zur Kreisstraße als nicht überbaubare Fläche im Eigentum der Gemeinde vorzuhalten.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Flächen verbleiben allesamt im Eigentum der Gemeinde. Hinsichtlich einer Positionierung des Radweges steht die Gemeinde Grünkraut für Absprachen zur Verfügung.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

3. Betroffene Belange und Anregungen

1. Zufahrt / Erschließung

Die planerisch dargestellte Feuerwehr-Einsatz-Ausfahrt wird ausschließlich im Rahmen des jeweiligen Feuerwehr-Einsatzfalles genutzt. Zur Gewährleistung einer diesbezüglich eingeschränkten bzw. beschränkten Einsatzausfahrt sind geeignete verkehrsrechtliche Maßnahmen im Zu-/Ausfahrtsbereich durch den Antragsteller in Abstimmung mit der örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörde vorzusehen. Ein dementsprechender Antrag ist durch die Gemeinde bei der Straßenverkehrsbehörde zu stellen.

Für die Errichtung der neuen Hofzufahrten/-ausfahrten nach a) bis c) wird aus derzeitiger straßenrechtlicher Sicht die Anlage einer Linksabbiegespur im Zuge der K7982 als nicht erforderlich erachtet.

Soweit künftig ggf. eine Änderung des Nutzungsumfangs oder des Nutzungszwecks im Bereich dieser Ausfahrten stattfinden soll (z.B. Nutzung der Zufahrt zur weiteren "rückseitigen" Erschließung eines Bau-, Wohn- oder Gewerbegebietes usw.), ist die Anlage / Errichtung einer Linksabbiegespur einer erneuten Prüfung durch die örtlich zuständige Verkehrskommission zu unterziehen.

Die Anlage / Errichtung einer Linksabbiegespur erfolgt grundsätzlich nach dem sog. Veranlasserprinzip auf Kostentragung des Veranlassers bzw. der Gemeinde.

An Zufahrten zur Kreisstraße sind ausreichende Anfahrts-Sichtfelder vorzuhalten.

Im Rahmen der weiteren Planung sind die einschlägigen Richtlinienvorgaben der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL bzw. RAST) zu beachten.

Abwägung/Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Verkehrssystematik des Bebauungsplanes entspricht der Absprache mit dem Landratsamt vom 03.12.2025. Die Sichtfelder sind festgesetzt. Das Zufahrtsverbot außerhalb der Zufahrten ist durch die Festsetzung von Ein- und Ausfahrten gesichert.

Es erfolgt keine Planänderung.

Zufahrten zur Kreisstraße sind frostsicher auszubauen, an die Höhenlage der Kreisstraße anzupassen und bituminös (oder gleichwertig) zu befestigen. Die Eckausrundungen des untergeordneten Anschlusses sowie die Gradienten sind gemäß den einschlägigen Richtlinien auszuführen. Eine entsprechende Planung ist dem Straßenamt zur Prüfung vorzulegen

Weitere unmittelbare Zufahrten oder Zugänge von der Kreisstraße können wegen der Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht gestattet werden.

Das Zufahrtsverbot gilt auch für die Bauzeit der Einzelbauvorhaben.

Das Zufahrtsverbot ist im Bebauungsplan einzutragen.

Es wird um Vorlage dementsprechend geeigneter Planunterlagen gebeten.

2. Sichtfelder

An neuen bzw. dem verkehrlichen Bedarf anzupassenden Einmündungen/Ausfahrten vom Plangebiet in die Kreisstraße sind im Außerortsbereich (zul. Höchstgeschwindigkeit 100km/h) grundsätzlich folgende Sichtfelder erforderlich:

Die Sichtfelder für den Kfz-Verkehr auf der Kreisstraße (Tiefe gemessen in der Achse der Zufahrt, vom Fahrbahnrand der Kreisstraße, Länge, parallel zur Straße, gemessen von der Achse der Zufahrt) müssen demnach grundsätzlich wie folgt bemessen werden.

Blick in beide Fahrrichtungen

Tiefe: 3,00 m (bzw. 5,00 m für Feuerwehrfahrzeuge mit Frontanbaugeräten)

Länge: 200,00 m

Abwägung/Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Verkehrssystematik des Bebauungsplanes entspricht der Absprache mit dem Landratsamt vom 03.12.2025.

Es erfolgt keine Planänderung.

Aufgrund der Lage der östlichen Zu-/Ausfahrt kann im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidium Ravensburg aufgrund der ortsnahe Lage ein Sichtfeld:

Tiefe: 3,00 m (bzw. 5,00 m für Feuerwehrfahrzeuge mit Frontanbaugeräten)

Länge: 140,00 m

vorgesehen werden.

Die Anfahrts-Sichtflächen sind durch den Antragsteller bzw. die Nutzer der Zufahrten im Rahmen der vorgegebenen Mindestanforderung in Länge und Tiefe dauerhaft sicherzustellen und den topographischen Verhältnissen entsprechend angepasst ein maximal möglicher Sichtflächenbereich zu gewährleisten.

Es ist hierbei zu beachten, dass die erforderlichen Sichtfelder bei der Ausfahrt nicht durch Bepflanzung, Wald, (KFZ-)Stellplätze, Zäune, Übergabestationen o.Ä. beeinträchtigt werden. Evtl. geplante Zu- und Ausfahrten bzw. evtl. geplante Stellplätze im Zufahrtsbereich sind so zu gestalten, dass ein Wenden im Bereich des Baugrundstücks möglich ist und die Zu- und Ausfahrt in die bevorrechtigte (Kreis-)Straße stets im Vorwärtsverkehr erfolgt.

Einzelbäume stellen zunächst in grundsätzlicher Weise kein Sichthindernis im Sinne der Richtlinien dar.

Die Sichtfelder sind auf Dauer von jeglichen Sichtbehinderungen zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe über Fahrbahnoberkante freizuhalten. Die freizuhaltenden Sichtfelder sind im planerisch darzustellen und als nicht überbaubare Fläche einzutragen.

Hiervon abweichende Sichtfelder wie auch Maßnahmen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können (z.B. Zufahrten, Einschränkungen der Sichtverhältnisse oder des Straßenquerschnittes,

etc.) bedürfen der Beurteilung bzw. der Zustimmung der örtlich zuständigen Verkehrskommission.	
<p>3. Entwässerung</p> <p>Abwasser und Oberflächenwasser aus dem Plangebiet darf den Anlagen der Kreisstraßen nicht zugeleitet werden. Es ist innerhalb des Baugebietes zu sammeln und gesondert abzuführen.</p> <p>Die vorhandene ordnungsgemäße Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers der Kreisstraße ist zu gewährleisten.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Oberflächenwasser wird innerhalb des Plangebietes zurückgehalten und gedrosselt in den neuen Regenwasserkanal eingeleitet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
<p>4. Bepflanzung</p> <p>Die Sichtfelder an der Einmündung der Zufahrt in die Kreisstraße müssen von Bepflanzungen freigehalten werden (siehe 2.).</p> <p>Bei der Neuanpflanzung von Bäumen außerhalb der Ortstafel ist ein Mindestabstand von 7,50 m plus Zuschlag für abfallende Böschung nach RPS zum befestigten Fahrbahnrand der klassifizierten Straße einzuhalten.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Pflanzabstände werden von der Gemeinde beachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
<p>5. Versorgungs- und Abwasserleitungen</p> <p>Sofern für die Einlegung von Versorgungs- und Abwasserleitungen Flächen der Kreisstraßen wie auch Landesstraßen in Anspruch genommen werden müssen, ist vom Gesuchsteller ein gesonderter Antrag auf Abschluss eines Nutzungsvertrages - belegt mit Lageplan und evtl. Längsschnitt - beim Straßenamt einzureichen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

<p>6. Werbeanlagen allgemein</p> <p>Außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt sind Werbeanlagen nach § 22 Abs. 5 StrG BW straßenrechtlich zu beurteilen.</p> <p>Dies gilt grundsätzlich für Werbeanlagen bis zu einer Entfernung 30 m an Kreisstraßen, unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes.</p> <p>§ 22 Abs. 6 StrG BW, welcher die Anwendbarkeit der Absätze 1-4 ausschließt sofern ein Bauvorhaben den Festsetzungen eines Bebauungsplans entspricht, bezieht die o.g. Regelung zu Werbeanlagen ausdrücklich nicht mit ein.</p> <p>In die textlichen Festsetzungen ist aufzunehmen, dass Werbeanlagen jeglicher Art in einer Entfernung bis zu 30 m zum nächstgelegenen, befestigten Fahrbahnrand der Kreisstraße ohne die ausdrückliche Zustimmung der Straßenbauverwaltung nicht zugelassen werden dürfen. Ergo ist das Straßenamt im Landratsamt Ravensburg als Straßenbaubehörde im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Vorgaben zu Werbeanlagen werden auf der Baugenehmigungsebene berücksichtigt. Die Flächen befinden sich im Eigentum der Gemeinde, welche die Vorgaben einhalten wird. Die Aufnahme einer Festsetzung kann damit entfallen.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
<p>3. Hinweise</p> <p>Die Gemeinde wird gebeten, die Bauleitplanung/weitere Planung auf der Grundlage der vorstehenden Stellungnahme zu erstellen und das Straßenamt - Straßenrecht am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
<p>Immissionen</p> <p>Das Plangebiet ist durch Immissionen (Verkehrslärm und Abgase) der K7982 vorbelastet. Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass sich der Straßenbaulastträger an den Kosten eventuell notwendig werdender aktiver oder</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

		<p>passiver (Schall-) Schutzmaßnahmen oder anderen Immissionsschutzmaßnahmen nicht beteiligen kann.</p> <p>Darüber hinaus ist während den Wintermonaten mit Behinderungen durch evtl. Schneeanhäufungen des Straßenwinterdienstes im Grundstücks- und Zufahrtsbereich zu rechnen. Evtl. zufahrtsbehindernde Schneeanhäufungen sind durch den künftigen Bauherrn bzw. Nutzer der Zufahrt zu beseitigen. Schnee aus dem Zufahrtsbereich darf der Kreisstraße nicht zugeführt oder dort abgelagert werden</p>	
1.3.13	<p>Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Ravensburg</p> <p>Stellungnahme vom 30.01.2026:</p>	<p>Sonstige fachliche Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Wir haben bereits am 03.04.2024 und am 19.09.2024 umfangreich zum Streuobstwiesenumwandlungsantrag Stellung genommen und tragen die Entscheidung aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses mit.</p> <p>Dennoch haben wir folgenden Kritikpunkt am Bebauungsplan und drängen auf Nachbesserung:</p> <p>Die artenschutzrechtlichen Kartierungen sind mittlerweile 7 Jahre alt. Zur Überprüfung auf die Aktualität wurde nur eine einmalige Baumhöhlenkontrolle im Oktober 2025, also außerhalb der Brutzeit der Vögel, herangezogen. Das kann u.E. keinen Aufschluss über die Veränderungen der Wertigkeit und dem daraus resultierenden artenschutzrechtlichen Ausgleichsumfang geben, besonders, da es sich in diesem Fall um eine hochwertige und artenreiche Streuobstwiese handelt. Denn eine Streuobstwiese wird mit dem Alter artenreicher und damit ökologisch wertvoller.</p> <p>Nachkartierungen, um die aktuelle Wertigkeit und den aktuellen Ausgleichbedarf zu ermitteln und die CEF-</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Der allgemeine Hinweis zur Streuobstumwandlung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise zum Artenschutz werden zur Kenntnis genommen. Die Untersuchungen wurden maßgeblich im Jahr 2019 durchgeführt. Weitere Erhebungen (Fledermäuse) erfolgten angrenzend bzw. lokal überschneidend im Jahr 2022 für ein westlich angrenzendes Bauvorhaben (Umspannwerk).</p> <p>Es wird zugestimmt, dass eine Streuobstwiese zwar mit zunehmendem Alter ökologisch wertvoller wird, jedoch ist dies nicht zu verallgemeinern und insbesondere hinsichtlich der artenschutzrechtlich relevanten Arten/Artengruppen nicht pauschal zu bestätigen. Gemäß langjährig erhobenen Monitoringdaten aus Streuobstwiesen im Landkreis lässt sich erkennen, dass sich keine Zunahme an relevanten Arten bzw. Artengruppen einstellt, insbesondere bei Vogelarten.</p> <p>Ökologisch wertvoll werden Obstbäume u.a. durch eine Zunahme von Höhlungen und entsprechenden höhlenbewohnenden Arten (Höhlenbrüter, Fledermäuse). Um dies zu prüfen, wurde im Jahr 2025 eine artenschutzrechtliche Prüfung der Baumhöhlen aktualisierend durchgeführt. Ergebnis war, dass keine nennenswerten Veränderungen im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahr 2019 bestehen.</p>

		Maßnahmen ggf. anzupassen, sind unserer Ansicht nach nötig und sicherlich vor Baubeginn möglich.	Daher lässt sich die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen ausschließen. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.14	Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik Niederlassung Südwest, Donaueschingen Stellungnahme vom 30.01.2026:	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände, möchten jedoch auf Folgendes hinweisen:</p> <p>im Planbereich befinden sich am südlichen Rand Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich wird.</p> <p>Je nach Bedarf des geplanten Bauprojektes sind mehr oder weniger Telekommunikationsinfrastruktur notwendig.</p> <p>Günstigenfalls ist nur eine Hauszuführung notwendig, die vom Bauherren bei unserem Bauherrenservice zu beantragen ist.</p> <p>Der/die Bauherren mögen sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn über unser Internetportal des Bauherrenservice oder unserem Eingangstor für die Hauszuführungen melden. Die Kontaktdaten lauten:</p> <p>Tel. +49 (0)800 3301903 (Gebührenfrei)</p> <p>Web: https://www.telekom.de/bauherren</p> <p>Anlage Lageplan</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

1.3.15	<p>Amprion GmbH, Dortmund</p> <p>Stellungnahme vom 22.01.2026:</p>	<p>220-/380-kV-Gemeinschaftsleitung Amprion/TransnetBW Herbertingen – Bundesgrenze (Bludenzen), Bl. 4509 (Maste 1050 bis 1053)</p> <p>Der Geltungsbereich Feuerwehr und Bauhof liegt nord-östlich in einem Abstand von mindesten 120 m zur Leitungssachse unserer im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung und somit außerhalb des Leitungsschutzstreifens.</p> <p>Die Leitungsführung mit Leitungsmittellinie, Maststandorten und Schutzstreifengrenzen können Sie unserem beigefügten Lageplan im Maßstab 1:2000 entnehmen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass sich die tatsächliche Lage der Leitung ausschließlich aus der Örtlichkeit ergibt.</p> <p>Wie wir den textlichen Festsetzungen auf Seite 10 unter dem Punkt 3.2 entnehmen können, soll der externe Eingriffsausgleich auf dem Grundstück Gemarkung Grünkraut, Flurstück 421/2 erfolgen. Auf der bisher intensiv genutzten Grünlandfläche soll, gemäß der Planskizze auf Seite 11, teilweise innerhalb des Schutzstreifens unserer Freileitung eine locker bepflanzte, hochstämmige Streuobstwiese entstehen.</p> <p>Zur Sicherung der bestehenden Höchstspannungsfreileitung sind im Grundbuch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen.</p> <p>In den Dienstbarkeiten ist vereinbart, dass die entsprechenden Grundstücke für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Höchstspannungsfreileitungen mit dazugehörigen Masten und ihrem Zubehör einschließlich Fernmeldeluftkabel in Anspruch genommen und betreten werden dürfen. Im Schutzstreifen ist die Errichtung von Bauwerken unstatthaft.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Wie im Textteil des Bebauungsplanes unter Ziffer 8.2.4.20 ausgeführt wird, sind die Pflanzungen bereits auf der Grundlage der Umwandlungsgenehmigung mit Beschreibung des Ausgleiches vom 12.11.2024, erteilt vom Landratsamt Ravensburg erfolgt. Eine Beeinträchtigung der Leitung ist nicht ersichtlich.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
--------	---	---	--

		<p>Für die Bereiche des Bebauungsplanes haben wir Bestandsschutz.</p> <p>Bei den geplanten Kompensationsmaßnahmen machen wir darauf aufmerksam, dass nach § 4 BNatSchG Flächen, die ausschließlich oder überwiegend der Versorgung dienen – einschließlich der hierfür als schutzbedürftig erklärten Gebiete – und die Flächen, die in einem verbindlichen Plan für die genannten Zwecke ausgewiesen sind, in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nicht beeinträchtigt werden dürfen. Aus diesem Grund können wir uns mit der geplanten Anpflanzung von Streuobstbäumen im Leitungsschutzstreifen nicht einverstanden erklären.</p> <p>Aufgrund der Größe des Flurstücks ist eine Anpflanzung der geplanten Gehölze auch außerhalb des Leitungsschutzstreifens möglich. Wir bitten daher um Anpassung der Planung und um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Anlagen Lageplan u. Info Datenschutz</p>	
1.3.16	<p>TWS Netz GmbH, Ravensburg</p> <p>Stellungnahme vom 15.01.2026:</p>	<p>Unsere Stellungnahme vom 08.09.2025 bezüglich Gas- und Wasserversorgungsleitungen hat weiterhin Gültigkeit:</p> <p>Im Geltungsbereich befinden sich Wasserversorgungsleitungen der WV Grünkraut (unter Betriebsführung der TWS-Netz GmbH). Wir gehen davon aus, dass diese in ihrer Lage bleiben können.</p> <p>Wenn Sicherungs- oder Änderungsmaßnahmen notwendig sind, ist die die TWS Netz frühzeitig einzubinden.</p> <p>Ansonsten ist bzw. kann das Plangebiet mit Wasser erschlossen und versorgt werden.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde stimmt sich bei offenen Punkten mit der TWS Netz GmbH ab.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

		<p>Aktuell sehen wir von einer Gasversorgung und Gasnetzerweiterung ab.</p> <p>Wir bitten Sie uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.</p>	
--	--	---	--

2 Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

- 2.1 Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand in der Zeit vom 26.01.2026 bis 02.03.2026 mit der Entwurfsfassung vom 04.12.2025 statt.
- 2.2 Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

3 Vorschläge der Verwaltung

- 3.1 Von Seiten der einzelnen Sachgebiete/Referenten oder anderer Beteiligter liegen folgende Anregungen vor, die wie unten ausgeführt behandelt werden (Reihenfolge des Eingangs):

3.1.1	Gemeinde Grünkraut Stellungnahme vom 06.03.2026:	Die Baugrenze sollte nach Südwesten verschoben werden, damit eine Werkstoffhalle noch untergebracht werden kann. Hintergrund ist das veränderte Anforderungsprofil nach dem Ausscheiden der Gemeinde Bodnegg aus dem gemeinsamen Projekt.	Abwägung/Beschluss: Die Planänderung wird umgesetzt. Hierdurch wird eine erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit erforderlich. Gemäß der Bestimmungen des § 4a BauGB wird die Auslegungszeit angemessen verkürzt (vgl. Beschlusstext).
-------	---	---	---

4 Beschlüsse zum Verfahren

- 4.1 Der Gemeinderat der Gemeinde Grünkraut macht sich die Inhalte der Abwägungs- und Beschlussvorlage zur Fassung vom 04.12.2025 zu eigen.
- 4.2 Für die in der Gemeinderatssitzung beschlossenen Inhalte wurde bereits vor der Sitzung eine vollständige Entwurfsfassung zur Verdeutlichung der möglichen Änderungen ausgearbeitet. Die vom Gemeinderat vorgenommenen Änderungs-Beschlüsse im Rahmen der nun vorgenommenen Abwägungen sind mit den Inhalten dieser Entwurfsfassung identisch. Der Gemeinderat billigt diese Entwurfsfassung vom 13.03.2026. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Entwurf zum Bebauungsplan "Feuerwehr und Bauhof" in der Fassung vom 13.03.2026 die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Da die Grundzüge der Planung von den Änderungen und Ergänzungen nicht berührt sind, wird gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB bestimmt, dass die Einholung der Stellungnahmen bezüglich der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf die von den Änderungen oder Ergänzungen berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt wird. Die Dauer der Beteiligungen wird gem. § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB auf eine angemessene Frist von 2 Wochen verkürzt.

Hinweis: Gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB ist in Bezug auf die Änderung oder Ergänzung und ihre möglichen Auswirkungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Grünkraut, den 24.03.2026

5 Anlagen

- 5.1 Umwandlungsgenehmigung mit Antrag zur Stellungnahme vom 30.01.2026, Landratsamt Ravensburg, Naturschutz
- 5.2 Lageplan zur Stellungnahme vom 30.01.2026, Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik Niederlassung Südwest, Donaueschingen
- 5.3 Lageplan u. Info Datenschutz zur Stellungnahme vom 22.01.2026, Amprion GmbH, Dortmund